

# Interview mit der SPD-Abgeordneten Jutta Steinruck zur Fahrerdemo

**1. Frau Steinruck, Sie waren nahezu die einzige Politikerin, die auf die Fahrerdemo in Berlin überhaupt reagiert hat und den Demonstranten den Rücken stärkte, indem Sie die „Moderne Sklaverei in Europas Fernverkehr“ anprangerten. Braucht es immer das Spektakel oder eine laute Lobby, um das Gehör der Politik zu finden?**

Lohn- und Sozialdumping kommen leider häufig vor in Europa. In vielen Bereichen gibt es die gleichen Probleme. Als mich die Informationen erreichten und mir einige Betroffene ihren Fall schilderten, war es für mich selbstverständlich dies – im Rahmen meiner Möglichkeiten – öffentlich zu machen und auch ganz klar meine Solidarität auszudrücken.

**2. Die Bewegung „Actie in de Transport“ ist zwar noch ein zartes Pflänzchen, aber immerhin europaweit organisiert. Das Problem der extremen Lohnungleichheiten bei LKW-Fahrern ist ja auch ein länderübergreifendes. Sehen Sie politisch ebenfalls mehr Möglichkeiten, auf EU-Ebene eine Lösung zu finden als national? Und ketzerisch gefragt regelt das Problem nicht der „Markt“, wie es viele Konservative und Liberale behaupten?**

Dieses Problem stellt sich sowohl national wie auch auf europäischer Ebene. In Deutschland ist ein großes Problem, dass wir keinen flächendeckenden Mindestlohn haben. Darunter leiden dann auch Arbeitnehmer in anderen Ländern. Unternehmen lassen sich hier nieder und können dann zu Dumpingpreisen Mitarbeiter beschäftigen. Wie der Markt diese Dinge regelt, sehen wir ja aktuell: Lohndumping. Die Konkurrenz um das billigste Angebot trifft die Arbeitnehmer. Dem müssen wir Einhalt gebieten. Daher müssen wir auf europäischer Ebene das Prinzip gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort umsetzen.

**3. Bei der Demo in Berlin waren auch Vertreter von Verdi. Für Sie die bessere Möglichkeit, zum Ziel gerechterer Entlohnung und**

## **besserer Arbeitsbedingungen zu kommen – einer Gewerkschaft beitreten?**

Als ehemalige DGB-Vorsitzende der Region Vorder- und Südpfalz habe ich erfahren, wie wichtig Gewerkschaften sind. Die meisten Gewerkschaften in Deutschland und Europa verzeichnen kaum Mitgliederzuwachs. Ich kann wirklich jedem empfehlen, sich einer Gewerkschaft anzuschließen. Sie kämpfen für die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und sind das wichtigste Instrument der Arbeitnehmerbeteiligung. Auch bei individuellen Problemen sind sie erster Ansprechpartner für die Beschäftigten.

## **4. Halten Sie es für realistisch, eine striktere Einhaltung der Gesetze durch mehr Kontrollen zu fordern – die Kontrollorgane beklagen ja jetzt schon vielfach Überlastung?**

Kontrollen sind unbedingt notwendig. Was nützen uns Tariflöhne, wenn niemand die Einhaltung überprüft. Das Problem der Überbelastung ist mir bekannt. Aber die Erfahrung zeigt, dass Regeln noch weniger eingehalten werden, wenn die Gefahr der Kontrollen gering. Daher brauchen wir diese Kontrollen unbedingt. Die entsprechenden Stellen müssen unbedingt mit den notwendigen Ressourcen ausgestattet werden. Aktuell verfasse ich federführend für das Europäische Parlament einen Bericht zum Thema Arbeitskontrollen. Darin werde ich betonen wie wichtig Arbeitskontrollen und die europaweite Zusammenarbeit zwischen den Behörden ist.

## **5. Es sind ja nicht nur die Fernfahrer, die sich über ungerechte Löhne beklagen, Krankenschwestern, Altenpfleger, Friseure, die Liste ist lang. Wo liegt für Sie als Beschäftigungsexpertin das zentrale Problem, dass immer mehr Menschen kaum von ihrem Verdienst leben können?**

Insgesamt gab es in den Jahren 2009 bis 2012 rund 323.000 Haushalte mit mindestens einem Aufstocker. 2009 waren es noch etwa 20.000 weniger. Diese Personen arbeiten in Vollzeitstellen, können aber von ihrem Verdienst nicht leben, so dass sie zusätzliche Hilfe vom Staat bekommen. Das ist meiner Meinung nach nicht nur total absurd, sondern auch unwürdig. Für die deutschen Kassen bedeutet das eine immense Zusatzbelastung und den Betroffenen gibt es das Gefühl, ein Arbeitnehmer zweiter oder dritter Klasse zu sein. Wir brauchen daher in

Deutschland einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro. Wer arbeitet, muss von seinem Lohn auch leben können.

## **6. Was wollen Sie den Fernfahrern noch mit auf den Weg geben?**

Zunächst einmal ein großes Lob. Solche Aktionen zu organisieren ist nicht einfach – zumal hier auch länderübergreifend agiert wird. Ich finde es gut, dass die Kraftfahrer sich organisieren und sich wehren. Das ist ihr gutes Recht. Die nächste Demo findet am 30. August in Lübeck statt. Dort werde ich ebenfalls vor Ort sein und die Kolleginnen und Kollegen unterstützen. Darüber hinaus werde ich mich dafür einsetzen, dass dieses Thema auch auf die europäische Agenda kommt.